

## **SVP INTERNATIONAL**

Postfach 8252, CH-3001 Bern,

+41 31 300 58 58

Fax +41 31 300 58 59

Email: [info@svp-international.ch](mailto:info@svp-international.ch)

Internet: <http://www.svp-international.ch>



## **Newsletter SVP International**

7. Mai 2007

### **SVP International präsentiert: 3 Auslandschweizerlisten!**

---

#### Editorial

Die SVP International wird für die Nationalratswahlen vom Herbst 2007 voraussichtlich **drei Auslandschweizerlisten** ins Rennen schicken: dies in den Kantonen **Zürich, Genf, und Schaffhausen**.

Es ist uns ein grosses Anliegen, dass auch die Fünfte Schweiz im Schweizer Parlament mit mindestens einer Stimme vertreten ist und damit auch die Interessen der Auslandschweizer wahrnehmen kann. Um dieses Ziel zu erreichen, präsentiert die SVP International vielfältige und interessante Listen mit Kandidaten aus der ganzen Welt.

Auch wenn die Wahlchancen für uns Auslandschweizer äusserst gering sind, ist es doch wichtig, dass auch wir eine **Plattform erhalten, um Präsenz zu markieren**. Die Anliegen von uns Auslandschweizern werden nur allzu oft links liegen gelassen und wir erhoffen uns damit, dass diese mit unseren Wahllisten mit verschiedensten Kandidaturen wieder vermehrt zum Thema werden.

Die SVP wird mit unseren Spitzenkandidaten im Sommer einen Wahlkampf für die Auslandschweizerlisten führen und wir werden alles versuchen, dass das Unmöglich möglich wird und die Fünfte Schweiz endlich ins Bundeshaus einzieht!

Unser Ziel ist es vier „reine Auslandschweizerlisten“ präsentieren zu können, ohne auf Kandidaten zurückgreifen zu müssen, die in der Schweiz leben.

Auf den **Listen für Zürich und Genf hat es noch einige freie Plätze!** Melden Sie sich also ungeniert bei uns! Es ist **nicht notwendig, dass Sie aus den genannten Kantonen stammen** oder dort stimmberechtigt sind. **Jeder Schweizer kann sich in jedem beliebigen Kanton aufstellen lassen.**

Wir würden uns sehr über eine Kontaktaufnahme Ihrerseits freuen.

**Es ist Zeit, dass wir Auslandschweizer wieder einmal eine Plattform in den Schweizer Medien und eventuell sogar einen Sitz im Nationalrat bekommen!**

Helfen Sie uns dabei!

Rolf Schudel  
Präsident

## **SVP kämpft gegen die Kriminalität**

---

**Die Gewährung der Sicherheit und Freiheit für alle Bürger ist die wichtigste aller Staatsaufgaben. Das Engagement für eine sichere, lebenswerte Schweiz steht so im Zentrum der SVP-Politik. Schliesslich heisst der Slogan des neuen Parteiprogramms auch „Mein Zuhause – unsere Schweiz“. Die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und die Bekämpfung der Kriminalität sind zentrale Voraussetzungen, damit die Schweiz als Wohnort und Wirtschaftsstandort attraktiv bleibt.**

Die Herausforderungen im Kampf gegen die Kriminalität wachsen. In den vergangenen Jahren zeigte es sich immer öfter: Tötungsdelikte, Drogenhandel, aber auch Gewalt an den Schulen sind oftmals eng verknüpft mit Migrations- und Ausländerproblemen. Schuld daran ist namentlich die linke Politik, welche die Schweiz für Kriminaltouristen äusserst attraktiv macht: Das gut ausgebaute Rechtssystem und der hohe Gefängnisstandard wirken gerade für Kriminelle aus Drittstaaten wenig abschreckend.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Bei Raufhandel und Angriff (82%), Drogenhandel (80%) oder Einbruchdelikten (64%) ist der Ausländeranteil enorm hoch. Im Jahr 2005 waren 70,5% aller Inhaftierten und 50% aller Verurteilten Ausländer. Laut der Statistik der Jugendstrafurteile aus dem Jahr 2003 wurde ein Drittel der Urteile gegen ausländische Jugendliche gefällt – vor allem aufgrund von Tätlichkeiten, einfacher Körperverletzung, Drohungen, Diebstahl oder sexueller Nötigung. 47% der Täter stammen aus ex-Jugoslawien, 17% aus anderen osteuropäischen Ländern.

## **Bundesamt für Polizei bestätigt das Problem**

Die Berichte des Bundesamts für Polizei sprechen eine klare Sprache (Bericht Innere Sicherheit der Schweiz 2005): „Die Aktivitäten krimineller Gruppen ethnischer Albaner haben sich nicht entscheidend verändert. Deren Netzwerke dominierten den gesamten Schweizer Heroinmarkt und versuchten, ihre kriminellen Aktivitäten weiter zu diversifizieren. So wurde neben Heroin und Kokain auch mit synthetischen Drogen gehandelt. Darüber hinaus versuchten die Gruppen, im lukrativen Rotlichtmilieu weitere Marktanteile zu gewinnen. Hinweise lassen darauf schliessen, dass ihr Einfluss im Menschenschmuggel und etwas eingeschränkter im Menschenhandel weiter zunehmen dürfte. Südosteuropa ist eine der wichtigsten Transitregionen beim Menschenschmuggel nach Westeuropa. Dabei spielen albanische Schleuserorganisationen eine bedeutende Rolle. Durch den Drogenhandel sind die ethnisch-albanischen kriminellen Gruppen bereits exzellent transnational vernetzt und können so von ihren Erfahrungen und Kontakten profitieren.“

Im entsprechenden Bericht aus dem Jahre 2003 heisst es u.a.: „Die weltweit aktiven westafrikanischen kriminellen Gruppierungen sind auch in der Schweiz hauptsächlich an Drogenhandel, Betrugsdelikten, Menschenhandel und Fälschungen von Dokumenten aller Art beteiligt. Die Drahtzieher sind dabei meist nigerianischer Herkunft. Zu den Merkmalen dieser kriminellen Gruppierungen gehört das taktisch und psychologisch geschickte Ausnützen von Drittpersonen.“

## **Jugendliche Gewalttaten häufen sich**

Neben diesen unerfreulichen Entwicklungen liest man in den Zeitungen immer häufiger auch von jugendlichen

Gewalttätern. Bereits Anfang Jahr 2006 ereignete sich im bündnerischen Rhäzüns ein brutales Vergehen an einem 5jährigen Mädchen. Die Vergewaltiger: Zwei Jungen (10 und 13 Jahre alt) aus dem Kosovo. In der Stadt Zürich vergewaltigte eine Bande von Jugendlichen im November 2006 ein dreizehnjähriges Mädchen. Die Medien und Behörden versuchten die Herkunft der Täter zuerst zu vertuschen. Tage später schrieb der Tages-Anzeiger: „Unter den zwölf Verhafteten sind sechs Schweizer. Es soll sich um eingebürgerte Jugendliche aus dem Balkan und der Türkei handeln; die restlichen stammen ebenfalls aus dem Balkan sowie je einer aus Italien und der Dominikanischen Republik. Alle zwölf Jugendlichen haben polizeiliche Vorakten, unter anderem wegen Raubdelikten.“

Wenig später wurde eine Massengewalt in Steffisburg (BE) bekannt. Die Täter waren zwei albanische Brüder (15 und 16 Jahre alt), ein Pakistani (15), ein Schweizer tamilischer Herkunft (16), ein Brasilianer (18) und zwei weitere 18jährige Ausländer. Sodann wurde die katholische Kirche in Muttenz (BL) geschändet. Jugendliche verschmierten den Altarbereich mit Kot, urinierten ins Taufbecken und zerstörten das Inventar. Bei den Tätern handelte es sich um muslimische Knaben aus dem Balkan. Diese Ereignisse zeigen: Auch wenn die linken Parteien diese Entwicklungen immer wieder schönreden – die Schweiz hat dringenden Handlungsbedarf!

### **Unsere Regeln gelten für alle**

Für die SVP ist klar: Wer sich nicht an unsere Gesetze und an die hier geltenden Regeln hält, hat in der Schweiz nichts verloren. So arbeitet die SVP auch an einer Volksinitiative, welche den Arbeitstitel „Unsere Regeln gelten für alle“ trägt. Im Vordergrund stehen

namentlich zwei Fragen: Wie können wir diejenigen Ausländer, welche sich nicht an unsere Regeln halten, welche gegen unsere Gesetze verstossen und welche offensichtlich nicht integriert sind bzw. sich nicht integrieren wollen, aus unserem Land weisen? Und: Wie kann es überhaupt so weit kommen, dass Ausländer, die nicht integriert sind oder sich nicht an unsere Regeln halten wollen, eingebürgert werden können?

Die Diskussion mit Fachleuten bestätigte, dass einerseits die Bedingungen, wann ein Ausländer aus der Schweiz ausgewiesen werden kann, zu wenig klar bzw. zu wenig restriktiv sind. Andererseits ist es heute vielfach einfacher für einen Ausländer, mit einer B-Bewilligung oder auch bei vorläufiger Aufnahme zum Schweizer Bürgerrecht zu gelangen als zu einer dauerhaften Aufenthaltsbewilligung (C-Ausweis). Beide Probleme will die SVP anpacken.

### **Lancierung der Volksinitiative im Sommer**

Die Delegiertenversammlung vom 30. Juni wird über die Lancierung einer eidgenössischen Volksinitiative entscheiden. Parallel dazu wird die SVP in der Sommersession der eidg. Räte entsprechende Vorstösse einreichen. Wir wollen, dass die Schweiz sicher ist für alle. Kriminelle haben in unserem Land keinen Platz. Und kriminelle Ausländer schon gar nicht. Die Schweiz darf nicht zum Eldorado für Kriminaltouristen und zum rechtsfreien Raum werden.

Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP  
Vorstandsmitglied SVP International

## **Das Kriegs-Völkerrecht muss modernisiert werden**

---

**Im 20. Jahrhundert setzte sich der Wille durch, den Krieg bestimmten Regeln zu unterstellen, damit wenigstens die Zivilbevölkerung vor Grausamkeiten einigermaßen geschützt werde. Dies war eine grosse humanitäre Errungenschaft.**

In den «Genfer Konventionen» wurde dieser Wille vor hundert Jahren umgesetzt. Das Kriegsvölkerrecht ist seither humanitäres Erbe der Menschheit.

### **Gravierende Lücken**

Nur: Zum Feiern besteht kein Grund. Neue, besonders heimtückische Kriegsformen paralysieren das Kriegsvölkerrecht regelrecht. Heutige Waffen sind so zielgenau, dass die Infrastruktur des Gegners aus weiter Ferne zerstört werden kann – zufällig am Zielort sich aufhaltende Menschen werden unter Umständen schwerstens getroffen. Terroristen zielen – zwecks politischer Einschüchterung – ganz direkt auf Zivilisten; das Massaker dient ihnen als psychologische Waffe. Als nichtstaatliche Bewegungen sind Terrororganisationen kriegsvölkerrechtlich nicht greifbar, weil die «Genfer Konventionen» allein für Staaten verbindlich sind. Selbst wenn Terroristen mitten aus zivilen Wohnquartieren Raketen abfeuern, sind sie für die «Genfer Konventionen» nicht fassbar – weil sie keinen Staat bilden. Schiesst ein getroffener Staat auf solche Stellungen zurück, verletzt er das Kriegsvölkerrecht – weil er ein Staat ist.

### **Uno würde blockieren**

Handlungsbedarf ist angesichts solcher Widersprüche dringend. Die Schweiz als neutrales Land müsste dazu die Initiative ergreifen. Das zuständige Departement Calmy-Rey zögert bedauerlicherweise. Bern will die

Uno nicht umgehen. In der Uno kommt man allerdings am Sicherheitsrat nicht vorbei, wo das Vetorecht der – von jeder Kriegsvölkerrechts-Reform zweifellos direkt betroffenen – Grossmächte mit grosser Wahrscheinlichkeit alles blockieren würde.

Jetzt hat die SVP gehandelt. Sie fordert den Bundesrat mittels Parlamentarischer Initiative auf, die dringend gebotene Reform der «Genfer Konventionen» mit dem IKRK, also mit dem Roten Kreuz zusammen anzupacken. Nicht Machtpolitik, sondern allein humanitäres Engagement muss der Motor der Reform sein.

### **Erste Etappe**

Die SVP zeigt auch Wege auf, wie die geforderte Ergänzung des heutigen Kriegsvölkerrechts konkret angepackt werden müsste: Die ganze Welt ist schockiert, wenn – wie mehrfach geschehen – unschuldige Geiseln in den Massenmedien zur Schau gestellt werden – bis hin zur öffentlichen Hinrichtung bzw. Abschlachtung. Solch äusserst krasse Verletzungen des Kriegsvölkerrechts müssen – in einem ersten Reformschritt – weltweit geächtet werden. Eine TV-Anstalt, die solche Verbrechen ausstrahlt, müsste international als strafbar erklärt werden. Jede Sendestation, die solch menschenverachtendes Bildmaterial verbreitet, verfiere öffentlicher Strafverfolgung.

Das sind konkrete Massnahmen, die nicht übersehen würden. Ein Teilerfolg, auf dem anschliessend aufgebaut werden kann, würde damit Tatsache.

Die Schweiz muss dazu unbedingt die Initiative ergreifen.

Ulrich Schluer, Nationalrat  
Vorstandsmitglied SVP International

## **Der Steuerstreit mit der EU ist ein Souveränitätskampf!**

---

Die EU versucht schon seit längerer Zeit mittels erpresserischer Methoden Druck auf das Schweizer Steuersystem auszuüben. **Diese Angriffe auf unser System kommen einer Infragestellung der schweizerischen Souveränität gleich.** Der Steuerwettbewerb ist Ausdruck der kantonalen Souveränität, ein wichtiger Standortfaktor und damit Fundament des schweizerischen Wohlstandes.

Die rechtlichen Erklärungen der EU sind schwach: Das Freihandelsabkommen von 1972, auf das sich die EU beruft, hat mit dem schweizerischen Steuerwettbewerb nichts zu tun und taugt nicht als Argument. Auch der Versuch, mit moralischem Druck etwas zu erreichen („unfairer Steuerwettbewerb“), ist durchsichtig. Wenn ausländische Firmen und Privatpersonen ihr Kapital lieber in der Schweiz arbeiten lassen als in der EU, muss die EU sich selber und nicht andere hinterfragen.

Tatsache ist: Seit dem Abschluss des Freihandelsabkommens von 1972 hat sich die finanzielle Situation sämtlicher EU-Mitgliedsstaaten drastisch verschlechtert. In unzähligen Ländern haben sozialdemokratische Regierungen den Finanzhaushalt aus dem Lot gebracht und fahren Jahr für Jahr Milliardendefizite ein. In dieser Situation ist der Schweizer Steuerwettbewerb ein besonderes Ärgernis für den europäischen Fiskus.

Nun möchte Brüssel mittels Drohungen und Machtspielchen unser Steuersystem und damit unsere Souveränität unterwandern.

Diese aggressive Haltung der EU ist eine direkte Folge der schweizerischen Aussenpolitik der letzten Jahre, welche fortwährendes Nachgeben signalisierte. **Demutsgesten weckten neue Begierlichkeiten. Worauf neues Nach-**

**geben folgte. Jetzt nimmt die Erpressungspolitik der EU die Unabhängigkeit der Schweiz ins Visier.**

Darauf kann es nur eine Antwort geben: Das Schweizer Steuersystem und damit unsere Eigenstaatlichkeit ist nicht verhandelbar!

Weicht die EU nicht von ihrem Standpunkt ab und folgen weitere Drohungen oder gar Sanktionen gegen die Schweiz, so stellt sich die Frage nach möglichen **Retorsionsmassnahmen** seitens der Schweiz.

**Vom Bundesrat erwartet die SVP in dieser Situation Führung, Entschlossenheit und eine klare Haltung: Zum kantonalen Steuerwettbewerb und zur Souveränität der Schweiz gibt es nichts zu verhandeln!**

## **Ja zur 5. IV-Revision!**

---

Der IV-Missbrauch war lange ein Tabuthema. Dies, obschon die Invalidenversicherung seit 1993 Defizite schreibt. Erst als die SVP das Problem der „Scheininvaliden“ beim Namen nannte, kam eine Diskussion in Gang. Seither gibt es zwei Lager: Die SVP, welche sich klar und konsequent für gesunde Sozialwerke und gegen den Missbrauch einsetzt und die Linke, die sich als Lobbyverband der Arbeitsscheuen, Faulen und Rentendiebe betätigt und deshalb gegen die Bekämpfung des Missbrauchs antritt.

Um die Invalidenversicherung wieder ins Gleichgewicht zu bringen, muss der Rentenbestand stabilisiert und gesenkt werden. Dies geschieht mittels Investition in die berufliche Eingliederung. Wer wirklich nicht mehr arbeiten kann, erhält weiterhin eine Rente. Wer aber mit der richtigen Unterstützung und

den gesundheitlichen Möglichkeiten noch arbeiten kann, soll nur eine Teilrente oder gar keine Rente mehr erhalten. Mit der 5. IV-Revision wird der Anspruch auf eine Rente strenger beurteilt. Erst wenn die möglichen Massnahmen zur Eingliederung erfolglos ausgeschöpft sind, wird der Anspruch auf eine Rente geprüft. Damit wird dem ungerechtfertigten Bezug von Renten entgegen gewirkt. Die 5. IV-Revision setzt auch auf Anreize für die Arbeitgebenden, damit sie Angestellte mit reduzierter Leistungsfähigkeit beschäftigen.

### **Die Schulden der IV reissen auch die AHV mit in die Tiefe**

Die 5. IV-Revision wird sich nicht nur auf die Finanzen der Invalidenversicherung entlastend auswirken. Im 3-Säulen-System hängen Entscheide über Leistungen der einen Versicherung mit jenen der anderen Versicherungen zusammen. So „hängt“ etwa die 2. Säule (Pensionskasse) an die IV an und übernimmt ihren Rentenentscheid. Wenn also künftig Rentenleistungen der IV nicht mehr benötigt und nicht mehr gewährt werden, wird dadurch auch die 2. Säule entlastet. Dies wird sich zudem positiv auf die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge für die berufliche Vorsorge auswirken. Zudem ist die AHV strukturell mit der IV verbunden. So deckt etwa der AHV-Fonds die laufend steigenden Schulden der IV.

**Daher fordert die SVP eine konsequente Bekämpfung der Missbräuche. Nur mit einer Reform und nicht mit zusätzlichen finanziellen Mitteln kann die IV längerfristig saniert werden. Wir dürfen bei der Missbrauchsbekämpfung nicht auf halbem Weg stehen bleiben!**

Die SVP übernimmt als Regierungspartei Verantwortung. Sie übernimmt die Führungsrolle in Sachen IV. **Sie**

**setzt sich entschieden für die 5. IV-Revision ein – dies haben die Delegierten am 17. März 2007 mit 310 zu 1 Stimme klar bestätigt.**

Doch es braucht weitere Schritte – ansonsten wird es nicht möglich sein, die Invalidenversicherung strukturell zu sanieren.

### **Leserbrief: Wo fließen die IV-Milliarden hin?**

---

Ich muss mich fragen, wie lange es noch dauert, bis am richtigen Ort der Hebel angesetzt wird, um die IV-Misere auf einem richtigen Weg in die schwarzen Zahlen zurück zu führen. Dies darf aber sicher nicht auf Kosten des gesamten Schweizervolks geschehen oder jener Schweizer Bürger, welche es bis zum Gehnichtmehr ablehnt haben, eine IV-Rente zu beziehen.

Als Schweizer, der als Hilfsarbeiter unter so genannten „Vorgesetzten“, die nicht einmal die deutsche Sprache beherrschen, arbeitet bekommt man schon so einiges mit: Ausländische „Vorarbeiter“, die sich über die Schweizer lustig machen, weil wir in Ihren Augen sowieso blöd sind und in ein paar Jahren nichts mehr zu sagen haben. Mitarbeiter die voller Stolz erzählen, dass ihre Frau oder ihr Bruder eine IV-Rente wegen Rückenschmerzen beziehen und sie sich ebenfalls bald anmelden werden.

All dies habe ich persönlich gehört und erlebt. Mir wurde zum Dank von dieser Firma nach einem durch Dritte verursachten Betriebsunfall die Kündigung ins Spital geschickt, weil meine Unfall- und Krankheitsgeschichte zum Vorschein kam. Gezwungenermassen rang ich mich dazu durch einen Antrag auf IV zu stellen. Mein erster IV Antrag ist jedoch auf sonderbare Art und Wei-

se einfach verloren gegangen, der zweite wurde ohne vertrauensärztliche Untersuchung abgelehnt, obwohl unabhängige unfrisierte Ärztegutachten vorlagen. Es ist alleine meine Vermutung, dass es so verlaufen ist, weil ich ehrlich Klartext gesprochen und geschrieben habe.

**Sind wir wirklich soweit gekommen, dass es unter dem Motto Krimineller geht schneller, Herr Ehrlich kann warten abgeht?**

**Also: NEIN zur Mehrwertsteuererhöhung. Ja zur 5. IV-Revision!**

Karl Bachmann  
SVP International

## **VARIA:**

### **Generalversammlung**

Wie jedes Jahr wird auch heuer die Generalversammlung der SVP International im Rahmen des Auslandschweizerkongresses abgehalten.

**Der Kongress wird dieses Jahr vom 17. -19. August 2007 in Genf stattfinden.**

Daher wurde der Termin für die GV auf **Freitag, 17. August 2007** festgesetzt. Sie wird im Anschluss an die Veranstaltung des Kongresses abgehalten.

Wir bitten Sie, sich diesen Termin vorzumerken. Die genauen Informationen werden Ihnen mit der persönlichen Einladung zu einem späteren Zeitpunkt zugeschickt.

Weitere Informationen zum Auslandschweizer-Kongress finden Sie auf der Website der Auslandschweizer-Organisation:

<http://www.aso.ch/deutsch/610.htm>

### **Neuerungen auf [www.svp-international.ch](http://www.svp-international.ch):**

Seit einiger Zeit ist es nun möglich über unsere Website per **Kreditkarte** Mitgliederbeiträge zu überweisen und Spenden vorzunehmen. Bereits haben einige Mitglieder diese Möglichkeit mit Erfolg wahrgenommen. Leider mussten wir feststellen, dass bei Zahlungen aus gewissen Ländern (bisher bekannt sind Südafrika und Rumänien) Probleme aufgetaucht sind und die Zahlung nicht von Statten gehen konnte. Wir hoffen, dass diese Probleme nicht von Dauer sind und Sie sich davon nicht abschrecken lassen diese Zahlungsmethode zu nutzen.

Um Vorschläge und Ideen bezüglich der Website, dem Newsletter oder der Aktivitäten von SVP International sind wir jederzeit dankbar.